



5 Fakten und 5 Irrtümer zur Novellierung der FILMFÖRDERUNG in Deutschland

FAKT 1: EINE EINFÜHRUNG EINER INVESTITIONSVERPFLICHTUNG BRINGT SOFORT ZUSÄTZLICHES INVESTITIONSVOLUMEN

Das ist richtig!

Die Investitionsverpflichtung sorgt dafür, dass die hohen Umsätze der Streamingdienste in Deutschland auch hier zu nachhaltiger Wertschöpfung führen und Arbeitsplätze gesichert werden. Momentan wird ein Großteil der Umsätze der Streamingdienste in Deutschland noch nicht einmal versteuert. Die Studie zur Plattformökonomie der FFA prognostiziert für das erste Jahr nach Einführung einer Investitionsverpflichtung von 25 Prozent, dass ein zusätzliches Investitionsvolumen von 261 Mio. EUR in deutschsprachige Programme fließt. Die Summe entspricht einer Verdoppelung der Investitionen durch Streamingdienste und rund neun Prozent des Gesamtmarktes. Bei einer Investitionsverpflichtung von 20 Prozent, wie von der Kulturstaatsministerin auf dem Deutschen Produzententag vorgeschlagen, liegt das zusätzliche Investitionsvolumen immer noch bei über 100 Mio. EUR.

In Frankreich wuchs der Beitrag der Streamingdienste schon im ersten Jahr nach Einführung der Investitionsverpflichtung von 21 Mio. Euro auf 345 Mio. Euro. Erstmals übersprangen damit 2022 die von der Regulierungsbehörde ARCOM erfassten Investitionen in Film- und Fernsehproduktionen die Marke von 1,5 Milliarden Euro. Eine Investitionsverpflichtung stellt somit eine wirksame Film- und Fernsehstandortförderung dar, die die öffentliche Hand entlastet statt belastet. (Quelle)

FAKT 2: IMMER WENIGER INTERNATIONALE PRODUKTIONEN WERDEN IN DEUTSCHLAND GEDREHT

Das ist richtig!

Die Babelsberger Filmstudios zählen zu den renommiertesten Filmstudios der Welt. Dennoch kämpft der Filmstandort Deutschland mit der Abwanderung internationaler Produktionen. Immer weniger internationale Großproduktionen kommen nach Deutschland. Trotz attraktiver Studios, beliebter Drehorte und hochqualifizierter Arbeitskräfte hat Deutschland in den letzten Jahren immer wieder Produktionen an andere Länder verloren, vor allem die Standorte Prag und Budapest, und seit kurzem Österreich, gelten in dieser Kategorie als direkte Konkurrenten. (Quelle)

Aber auch heimische Produktionen drohen zunehmend abzuwandern und an anderen europäischen Standorten zu drehen. Dadurch wandern auch zunehmend die hochqualifizierten Fachkräfte ab. Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, sind inzwischen auch deutsche Produktionsunternehmen gezwungen, dort zu drehen, wo sie bessere Rahmenbedingungen vorfinden. (Quelle)

FAKT 3: DER DEUTSCHE FILMSTANDORT IST DERZEIT NICHT WETTBEWERBSFÄHIG

Das ist richtig!

Der Filmstandort Deutschland ist nach heutigem Stand weder im internationalen noch im europäischen Wettbewerb wettbewerbsfähig. Er befindet sich in einem Spannungsfeld aussteigenden Kosten und unzureichenden Förderbedingungen:

Arbeitskosten: Im Vergleich der EU-Länder liegt Deutschland bei den Arbeitskosten auf Platz sieben und rund 30 Prozent über dem Durchschnitt von 30,50 Euro. Dies liegt nicht nur an den Löhnen und Gehältern, sondern auch an den vergleichsweisen hohen Sozialabgaben in Deutschland. (Quelle)

Energiekosten: Strom ist in Deutschland durchschnittlich 174 Prozent teurer als im Rest der Welt. 31,80 Cent pro Kilowattstunde müssen Verbraucher hierzulande aufbringen – im internationalen Durchschnitt sind es 11,62 Cent. (Quelle)

Diese Faktoren sowie das allgemein schleppende Wirtschaftswachstum haben zu gestiegenen Produktionskosten für Filmproduktionen von etwa 18 Prozent geführt. Jetzt gilt es, durch geeignete Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Films zu stärken und zu sichern. (Quelle)

FAKT 4: DIE AUFTRAGSLAGE DER DEUTSCHEN FILMINDUSTRIE BEFINDET SICH IN EINER ABWÄRTSSPIRALE

Das ist richtig!

Die Filmschaffenden und Produktionsunternehmen blicken derzeit mit großer Sorge auf die nationale Marktlage. In einer Umfrage gaben 56 Prozent der Unternehmen an, dass sie die wirtschaftliche Lage als schlecht oder sehr schlecht einschätzen. Die Zahl hat sich gegenüber 2022 nahezu verdoppelt. Knapp jedes zweite Produktionsunternehmen verzeichnet Auftragsrückgänge, und die Umsatzerwartungen für 2024 sinken weiter.

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten agieren sehr zurückhaltend, da sie die Beitragsdebatte fürchten. Gleichzeitig reduzieren einige private Sender ihre Aufträge deutlich, weil Werbeeinnahmen wegbrechen. Und auch die Streamer setzen trotz weiter sprudelnder Erlöse bei den Produktionen den Rotstift an. Während es zum Start der Plattformen noch viele Anfangsinvestitionen in den deutschen Markt gab, ist dieser Honeymoon-Effekt nun vorbei. Die Auftragsvergabe in Deutschland geht deutlich zurück – und dies, obwohl die Umsätze der Streamingdienste steigen. (Quelle)

FAKT 5: DIE FILMWIRTSCHAFT IST EIN WESENTLICHER WIRTSCHAFTSFAKTOR

Das ist richtig!

Das Potenzial der Kultur- und Kreativunternehmen für die deutsche Wirtschaft ist enorm: So erwirtschaftete die deutsche Filmwirtschaft im Jahr 2021 mit knapp 120.000 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von rund 8,6 Mrd. Euro.

Im Branchenvergleich zeichnet die Filmwirtschaft ein besonders hoher Umsatzmultiplikator aus. Hauptgrund sind die hohen Anfangsinvestitionen, die mit jedem Filmprojekt einhergehen. Davon profitieren filmtechnische Dienstleister, das Handwerk und der gesamte Dienstleistungssektor. Jeder investierte Euro zieht fünf Euro Folgeinvestitionen nach sich - mit positiven Effekten für den Arbeitsmarkt und technische Innovationen.

Nicht zuletzt prägen Filme das Bild Deutschlands in der Welt. Deutsche Filmproduktionen zeigen das Bild, das wir uns selbst von unserem Land machen – und wie die Welt uns sieht. Die hohen Folgeinvestitionen und die kulturelle Strahlkraft machen den Film zu einem besonders wertvollen Wirtschafts- und Kulturgut.

IRRTUM 1: DIE EINFÜHRUNG EINER INVESTITIONSVERPFLICHTUNG STELLT EINEN UNVERHÄLTNISMÄßIGEN MARKTEINGRIFF DAR

Das ist NICHT richtig!

Eine Investitionsverpflichtung bietet die einmalige ordnungspolitische Chance, die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Filmproduktion in einem von Streaming-Anbietern dominierten Markt zu stärken. Sie verhindert, dass sämtliche Einnahmen der Streaming-Anbieter in Deutschland ins Ausland abfließen. Stattdessen wird der Fortbestand der heimischen Filmwirtschaft gesichert und im Sinne eines Level-Playing-Field mit dieser politischen Maßnahme "nachgezogen". Denn Filmländer wie Frankreich oder Italien haben bereits eine Investitionsverpflichtung. Freiheit und Verantwortung sind zwei Seiten einer Medaille und gehören in einer freien Marktwirtschaft zwingend zusammen.

Am Beispiel Frankreichs lassen sich die Erfolge einer gezielten Investitionsverpflichtung beobachten. Seit der Einführung im Jahr 2022 liegt der Investitionsanteil der europäischen Streamingdienste fast gleichauf mit dem Investitionsvolumen der europäischen Fernsehsender. (Quelle)

IRRTUM 2: STREAMINGDIENSTE INVESTIEREN BEREITS EINEN GROSSTEIL IHRER UMSÄTZE IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Das ist NICHT richtig!

Trotz steigender Nutzerzahlen in Europa besteht insbesondere in Deutschland eine große Kluft zwischen den Einnahmen und den Investitionen der Streaming-Anbieter in nationale Produktionen. Allein im deutschen Streamingmarkt stieg der Umsatz im Jahr 2022 um 72,3 Prozent. Im Jahr 2022 konnten die Streaming-Anbieter allein durch Abonnements in Deutschland einen Gesamtumsatz von 3 Milliarden Euro erwirtschaften. (Quelle)

Obwohl die Streamer in den letzten Jahren in Europa sukzessive mehr in die Produktion europäischer Filme und Serien investiert haben, hinkt Deutschland mit Blick auf den Investitionsanteil der Streamingdienste in nationale Produktionen deutlich hinterher. Bei Betrachtung der reinen Investitionen belegt Deutschland nur den vierten Platz unter den wirtschaftlich stärksten Ländern Europas – und dies, obwohl der deutsche Abonnentenmarkt einer der wichtigsten Umsatzquellen der Streamingdienste ist. Besonders auffällig: Während fast ein Viertel der Investitionen der Fernsehsender in Europa in deutsche Produktionen fließt, investieren die Streaming-Anbieter nur neun Prozent ihrer europäischen Ausgaben in Deutschland. (Quelle)

IRRTUM 3: DIE GEPLANTE NOVELLIERUNG DER FILMFÖRDERUNG WIRD EIN WEITERER GROßER POSTEN IM HAUSHALT, DER NICHT LEISTBAR IST

Das ist NICHT richtig!

Die bestehende Budgetierung der Film- und Serienförderung ist durch die Haushaltsplanung des Bundes und der Länder bedingt. Steuerliche Fördermaßnahmen haben dabei den Vorteil, dass die Belastung eines Haushalts und zu erwartende positive Effekte durch die förderbedingte Steigerung der wirtschaftlichen Aktivitäten letztlich unmittelbar zusammenfallen: Die Förderung erfolgt über eine Rückerstattung von 30 Prozent der Körperschafts- und Einkommenssteuer, was wiederum die Unternehmen finanziell entlastet, die Investitionstätigkeit fördert und Anreize setzt, in den Produktionsstandort Deutschland zu investieren. Die Folge ist ein positiver Dominoeffekt: Mehr Produktionen bedeutet mehr Wertschöpfung vor Ort und am Ende höhere Steuerreinnahmen. Damit die Streamer jedoch nicht nur die Rückerstattung mitnehmen und ihre Verantwortung für den deutschen Produktionsstandort ansonsten links liegen lassen, braucht es eine Verzahnung von Steueranreizen und Investitionsverpflichtung mit gesetzlich verankertem Rechterückbehalt. (Quelle)

Mit der Förderung einer 30-prozentigen Rückerstattung der Körperschaftssteuer schließt Deutschland zur Spitze der europäischen Steueranreizmodelle auf, was den Standort für die Ansiedlung von Großproduktionen und TV-Serien noch attraktiver macht. Hinzu kommt: Die Investitionsverpflichtung kostet den Steuerzahlenden und dem Staatshaushalt keinen Cent.

IRRTUM 4: ANDERE EUROPÄISCHE STAATEN SCHNEIDEN DURCH WENIGER REGULIERUNG DEUTLICH BESSER AB

Das ist NICHT richtig!

Vor allem die Länder, die Deutschland bereits voraus sind und die Zeichen der Zeit erkannt haben, wie Frankreich, Spanien, Italien, das Vereinigte Königreich und Österreich machen erfolgreich vor, wie durch gezielte Wirtschaftsförderung große Produktionen angelockt werden können. Diese Entwicklung zeigt eine positive Korrelation zwischen klarer Regulierung und Anreizsystemen sowie einer Zunahme von Filmproduktionen.

Frankreich zeigt, wie ein faires Level-Playing-Field gelingen kann - zum Nutzen aller. Dazu bedarf es einer klaren Regulierung mit Investitionsverpflichtung und attraktiver Förderung durch ein Anreizsystem. Mit einer konsequenten industriepolitischen Filmpolitik verteidigt Frankreich seine Spitzenposition als Filmnation. Das Ergebnis: Kinofilme mit hohen Besucherzahlen, weltweite Erfolge und starke Marken.

IRRTUM 5: PRODUZENTEN:INNEN KÖNNEN SCHON HEUTE ÜBER DIE RECHTE AM WERK FREI VERHANDELN

Das ist NICHT richtig!

Die Rechteteilung bzw. Erfolgsbeteiligung ist die richtige industriepolitische Antwort auf die aktuelle Ausverkaufspraxis der Streamer. Denn heute ist die Situation so: Das mit der Herstellung eines Werkes beauftragte Produktionsunternehmen muss dem Streaming-Anbieter, und auch manchem Sender, häufig vollumfassend alle Rechte weltweit abtreten, auch wenn die Produktion den zugrundeliegenden Stoff überwiegend selbst vorfinanziert und entwickelt hat, oft in jahrelanger Arbeit und auf eigenes wirtschaftliches Risiko. Und: Die Produktionsunternehmen erhalten in der Regel nicht einmal eine Erfolgsbeteiligung ihrer erfolgreichen Streaming-Produktion. Damit verdient eine deutsche Produzentin oder ein deutscher Produzent an der weltumspannenden Ausspielung ihrer Filme und Serien keinen einzigen Cent. Stattdessen werden die Rechte an deutschen Produktionen in die USA exportiert. Schlimmer noch: Die bereits begonnene Abwanderung deutscher Produktionen wird sich auch in Zukunft fortsetzen und die Entscheidungen über das Kulturgut Film, z.B. über die Fortsetzung einer erfolgreichen Reihe oder Serie, werden nicht mehr am Filmstandort Deutschland getroffen.

Die Rechteteilung bzw. Erfolgsbeteiligung, verankert in der Investitionsverpflichtung, ist die richtige industriepolitische Antwort auf die aktuelle Ausverkaufspraxis der Streamer. Eine faire Rechteteilung im Zuge der Investitionsverpflichtung stellt die heute aufgrund der Marktmacht globaler Streamingdienste gestörte Vertragsparität wieder her. Dadurch können hiesige Produktionsunternehmen von ihren Produktionen angemessen profitieren und von diesem Profit Steuern nach Deutschland zurückführen sowie in die oft risikoreiche Entwicklung neuer Stoffe investieren, wovon letztendlich auch der Zuschauer durch innovative, neue Filme und Serien profitiert.

Björn Böhning, CEO und Sprecher des Gesamtvorstands der Produktionsallianz T: 030 - 20 67 088 -0, Mail: <u>bjoern.boehning@produktionsallianz.de</u>